

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Redaktion 3141.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 53.

Breslau, Freitag, den 3. März 1916.

27. Jahrgang.

## Soldatenstimmung in Frankreich.

(Auf Grund französischer Originalbriefe.)

Mit den Gefangenen aus Frankreich sind der deutschen Heeresleitung auch eine Anzahl Briefe in die Hände gefallen, die aus den französischen Schützengräben an Verwandte in der westlichen Heimat gerichtet waren. Sie spiegeln die Gefinnungen wieder, die im französischen Heere herrschen und werden in Wolffs Telegraphischem Bureau als Antwort darauf veröffentlicht, daß in der französischen Presse allerhand Behauptungen über die Stimmung in Deutschland verbreitet werden. So veröffentlicht der „Matin“ angebliche deutsche Soldatenbriefe, deren Echtheit kaum nachgeprüft werden konnte. Wie es aber um die Stimmung im französischen Heere steht, das mögen folgende Briefstellen dartun:

2. November 1915.

Wir wünschen sehnlichst das Ende des Krieges herbei; ich bin schon lange seiner überdrüssig, und ich glaube Kameraden zu haben, die ebenso denken wie ich...

27. Dezember 1915.

Du sagst mir, daß wir 1200 Gefangene gemacht haben, die Zeitungen hätten es gebracht; aber was sie nicht gebracht haben, ist, daß die Boches ihrerseits 1800 der Unserigen in Gefangenen gemacht, und das Gelände, das sie am Hartmannsweilerkopf verloren hatten, wiedergewonnen haben. Das sind die Fortschritte, die wir gegenwärtig machen. Wenn das so weiter geht, wird dieser Krieg nie ein Ende nehmen und kann noch unendlich lange dauern. Ich frage mich, wie das enden wird. Jedermann leidet und hat dieses traurige Dasein satt...

1. Januar 1916.

Wir haben schwere Verluste. Ich gäbe alles mögliche darum, um von hier wegzukommen. Man kann sagen, daß dieser Hartmannsweilerkopf das Grab des Menschen ist...

In der Hölle am 1. Januar 1916.

Meine Liebe, wenn Du wüßtest, welches Blutbad kurzzeitig hier angerichtet wird! Wie es hier zugeht! Ich bin vollkommen trostlos und glaube wohl, daß es diesmal mit mir zu Ende ist. Was willst Du, meine liebe Eugenie? Du sagst wohl, daß man mutig sein soll; ich bin es ja auch, aber manchmal verläßt uns doch der Mut wenn wir so viele Kameraden unter dem Maschinengewehrfeuer fallen sehen. Ich sehe jetzt, daß unsere Offiziere unseren Tod wollen. Diese Angriffe sind tatsächlich nutzlos, und ich sehe zum Schluß ein, daß unsere Offiziere unsere Gefinde sind...

Ueber den Zustand der aus der Front beurlaubten Mannschaften

geben die nachfolgenden Briefe bemerkenswerte Aufschlüsse. So heißt es in einem solchen aus Paris vom Januar 1916:

Er kam unmittelbar von der Front und war in einem Zustand, nicht wieder zu erkennen! Mit Läusen be-

deckt, erdgrün, seine Haare starrten vor Schmutz, sein Bart war ellenlang, seine Stiefel hatten keine Ahnung mehr, es tat einem weh, ihn anzusehen, wie jemand, den man wieder ausgraben hat. Du würdest ihm 40 Jahre geben und er zählt erst 22! Man fragt sich, wann das Ende dieses abscheulichen Krieges, der so viele Menschen unglücklich macht, endlich kommen wird...

La Bazoge vor le Mans (Sarthe) vom 27. Januar 1916:

Wicot ist vergangene Woche sechs Tage auf Urlaub gewesen, aber er ist nicht nach La Bazoge gekommen, weil er während der ganzen sechs Tage krank gewesen ist. Er mußte krank wieder abreisen und seine Eltern haben ihn mit Gewalt nach der Bahn bringen müssen; denn er wollte nicht abreisen; er hatte schrecklichen Kummer. Heutzutage sind alle, die von der Front kommen, in ähnlichem Zustande; sie müssen sofort Glend durchmachen, daß sie nicht wieder zurückreisen wollen. Viele Deiner Kameraden sind tief enttäuscht...

Villejuif, 2. November 1915.

Über wieviel Glend sieht man! Alle diese armen Opfer des Krieges! In der Notre Dame-Kirche erwecken sie Mitleid, alle diese armen Soldaten, die kamen, um zur heiligen Jungfrau zu beten. Es war rührend und es tat weh...

In weiteren Briefen kommt die erregte

Stimmung über die eigene Regierung

unmissverständlich zum Ausdruck. Man erhebt aus ihnen auch, wie anders die wahre Stimmung des Volkes ist, als die, welche die französische Presse schildert oder beeinflussend erzeugen will. So schreibt eine Mutter an ihren Sohn:

Es ist doch traurig, daß ich das arme Volk so hinstellen und hinschlachten lassen muß, bloß um einigen Duzend Dickkopfen Spaß zu machen. Sie sind die einzigen Schuldigen: sie würden es verdienen, vernichtet zu werden, und nicht das Volk, welches nur Frieden und keine Ruhe verlangt...

Eine Frau berichtet ihrem Manne nach der Front:

Unter moralisches und materielles Leben liegt in den Händen von Verbrechern. Du kannst Dir wohl denken, daß sie von den Verbrechern, die sie verbrechen, nichts erfahren. In den Zeitungen liest man doch nur Lügen.

Ueber den Mangel an Menschen

liest man in einem Schreiben aus der Vendee: „Mir scheint, es soll dieser Krieg kein Ende nehmen. Die Soldaten werden im nächsten Jahre noch einmal alle auf Urlaub kommen; aber Du mußt wissen, ich glaube, wenn der Krieg noch so lange dauern sollte, weiß Gott, es würde keine Soldaten mehr geben. Was täglich fällt, das ist entsetzlich.“ — Und in einem solchen aus

Lours: „Immer länger und länger wird die Wüste, ich glaube, der Krieg wird aus Mangel an Kämpfern aufhören.“ Die sich häufenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten lassen einen Briefschreiber klagen:

Wieder ist Mitternachten und ich habe noch keine Hand voll Getreide geißt. Wie oft hatten Mitternachten viele die Missetat beendet. Man verreckt oder schütet bis zum Ende dieses verfluchten Krieges, der so unzählige in Kummer und Trauer stürzt und gar manche Familien ins Elend für immer.

Ein Pariser Brief schildert

die Not der Arbeiterklasse

wie folgt:

Die Stellungen sind sehr schlecht und schlecht bezahlt; man sollte sich endlich gegen diese Bande von Kapitalisten, die aus dem Elend Vorteil ziehen, indem sie die armen Arbeiterinnen ausbeuten, offen empören. Die Männer lehnen sich gegen einen achtstündigen Arbeitstag auf, uns armen Frauen aber sind sie unverfroren genug, sehr Stunden Arbeit zugumaten, und uns dabei kaum mehr als den nackten Lebensunterhalt verdienen zu lassen. Weh das so fort, so wird das, glaube ich, schlimm endigen; denn 10 Stunden Arbeit sind das Minimum, öfters gibt es auch den 13- und 15-stündigen Arbeitstag.

Die allgemeine Kriegsmüdigkeit

in Frankreich geht aus nachstehenden brieflichen Ergüssen hervor, die nach der Front gerichtet waren.

Traougnan, 11. November 1915.

... daß dieser Krieg doch schnell zu Ende ginge. Es ist jetzt genug...

Albanne, 14. November 1915.

Man erhofft nur die glücklichen Tage der Befreiung, wo man sich in guter Gesundheit wiedersehen kann, und es ist zu wünschen, daß dieser schreckliche Krieg, der uns so viele Tränen verursacht, so schnell als möglich zu Ende gehe...

Tote, 27. November 1915.

Wenn doch nur das Ende dieses Krieges käme! Denn Ihr müßt doch jetzt sehr müde sein und Ihr habt schon so viele Leiden ausgestanden seit so langer Zeit. Es wird gewiß viel mehr Kranke geben als Tote. Wir erhoffen lebhaft das Ende dieses Alpdrucks...

Zusätze hierzu erübrigen sich, besonders für uns, die Briefe sprechen für sich. Nachdem England die Wehrpflicht angenommen hat, wird die Stimmung dort nicht viel anders sein, vielleicht noch gereizter. Ueber Italien ist schon genug bekannt geworden, von Rußland allerdings weniger, weil der arme Mann dort nicht schreiben und lesen kann. Die Staatsmänner brauchen sich nur nach dieser allgemeinen Stimmung zu richten, dann wäre der Krieg schnell zu Ende.

## Die neue Tabaksteuer.

159 Millionen Mark Mehreinnahmen!

Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ veröffentlicht den Entwurf des Gesetzes über die Erhöhung der Tabakabgaben. In den Bestimmungen des Gesetzes wird unter anderem festgelegt:

Für un bearbeitete Tabakblätter soll der geltende Gewichtssatz von 85 Mark auf 130 Mark für einen Doppelzentner erhöht werden. Von einer Erhöhung des Zollsatzes für Tabakstippen und Tabaklaugen wird abgesehen.

Der Zollsatz für bearbeitete Tabakblätter soll um 55 Prozent, für Karotten um 45 Prozent, für geschnittenen Rauchtabak um 57 Prozent erhöht und für Rau- und Schnupftabak verdoppelt werden.

Für Zigaretten wird eine Erhöhung des Zolles auf 700, für Zigaretten auf 1500 Mark für einen Doppelzentner in Aussicht genommen.

Tabakblätter, bearbeitet und un bearbeitet, sowie Zigaretten unterliegen außer dem vorgeschriebenen Zolle einem Zolldaupschlag von 65 Prozent ihres Wertes.

Für die im Reiseverkehr eingebrachten Zigaretten beträgt der Zolldaupschlag 1700 Mark für einen Doppelzentner.

Die in dem Zigarettensteuergesetz für Zigarettensteuerfreien festgesetzte Preisgrenze wird von 350 Mark auf 5 Mark hinaufgesetzt.

Die Höhe des Zolldaupschlags für Zigaretten betragen für die unteren drei Steuerklassen 20 Prozent, für die oberen drei Klassen etwa 25 Prozent der Höchstgrenze des Abverkaufpreises.

Abweichend von der Vorschrift über die sechsmonatsige Stundung der Zigarettensteuer ist für den Kriegsausschlag nur eine dreimonatige Stundung vorgezogen, damit die Mehreinnahmen möglichst bald dem Reiche zufließen.

Für die in der Zeit vom 1. März 1916 bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes von den Händlern verzollten Zigaretten wird ein Nachzoll von 430 Mark für den Doppelzentner und von 25 Prozent des beim Uebergang in den freien Verkehr festgestellten Wertes erhoben. Für die in der gleichen Zeit von den Händlern verzollten Zigaretten wird ein Nachzoll von 500 Mark für den Doppelzentner erhoben.

In der Begründung

verweist die Regierung darauf, daß die Besteuerung dieses entbehrlichen Genussmittels im Vergleich mit dem Auslande in Deutschland wesentlich geringer sei.

Mit der vorgeschlagenen Vermessung der Zoll- und Steuererträge für Rohtabak soll zur Förderung des heimischen Tabakbaues der Zollsatz für inländischen Tabak vermindert werden, da dieser bisher nicht genügt. Die Erhebungen des Krieges drängen ebenfalls auf unrichtige Begünstigung der heimischen Rohstoffherzeugung. Die vorerwähnte Begünstigung des inländischen Tabaks kommt dem Massenverbrauch der billigeren Zigaretten und dem billigen Rauchtabak zugute. Eine unerwünschte Erhöhung der Preise und eine dauernde Schädigung des Tabakgewerbes wird nach Ausführung Sachverständiger durch die Erhöhung der Abgaben nicht entstehen. Es werden vielmehr wohlfeile Zigaretten hergestellt werden und auch die Fabrikation der für die westfälischen Betriebe wichtigen 10-Kiening-Zigaretten aus rein überseeischen Tabaken wird möglich sein. Der billige Rauchtabak erhöht nur eine mögliche Verbrauchssteigerung. Die Erhebung von Rohzoll ist durch

die Verfassung des bisherigen Zollsatzes für Tabaklaugen begünstigt. Die vorgeschlagene Abgabenerhöhung nimmt auf den Tabakgenuss der minderbemittelten Bevölkerung gebührend Rücksicht und dürfte deshalb einen größeren Rückgang des Verbrauches und eine Verminderung der Arbeitslosigkeit nicht verursachen.

Was den aus den Zigaretten herauszuholenden Mehretrag anlangt, so erscheint eine Erhöhung der geltenden Zigarettensteuern und auch die Einführung des Zigarettenmonopols in der Kriegszeit unzulässig. Die Einführung eines von anderen Kriegsausschlägen, der noch den Vorteil der leichten und klar erkennlichen Abwälzung der Mehreinnahmen bietet, wird auch von der Mehrheit des Zigarettengewerbes der bloßen Erhöhung der bestehenden Steuererträge vorgezogen. Entsprechend diesen Wünschen soll eine Nachversteuerung und Nachsteuerung der Tabakblätter, sowie die Nacherhebung eines Kriegsausschlages für Zigarettensteuerpflichtige Erzeugnisse erfolgen, weil von dieser Erleichterung für die Durchführung eine allgemeine Abwälzung der Mehreinnahmen auf den Verbrauch erwartet wird.

Der Reinertrag aus den vorgeschlagenen Abänderungen wird auf 209600000 Mark, das sind 72600000 Mark mehr als bisher, berechnet. Aus dem Kriegsausschlag zur Zigarettensteuer wird eine Einnahme von rund 87 Millionen Mark erwartet, so daß voraussichtlich die gesamten Mehreinnahmen 159 600 000 Mark betragen werden.

Furcht vor U-Booten?

Amsterdam, 3. März. Infolge des Austauschens deutscher U-Boote vor Se Havre sind die zur französischen Front bestimmten neuen englischen Truppentransportdampfer aus den englischen Häfen nicht ausgelassen.







## Wie die „Möwe“ aussieht.

London, 2. März. Ein Telegramm der „Times“ aus Las Palmas schildert die „Möwe“ wie folgt: Größe etwa 5500 Tonnen; zwei Masten; ein Schornstein; vier 12- oder 15-Zentimeter-Geschütze vorn und zwei am Hinterschiff; ein 10-Zentimeter-Geschütz verdeckt am Ruder aufgestellt; der Rumpf bis zur Wasserlinie schwarz gestrichen, die Käste des Achterschiffes mit Segeltuch überdeckt.

## Amerika und der Unterseebootkrieg.

Washington, 2. März. Staatssekretär Lansing richtete an den Botschafter Gerard in Berlin ein Kablelgramm, in dem er um Mitteilung ersucht, mit welchem Schiffe der Anhang zur deutschen Denkschrift über den Unterseebootkrieg abgefaßt worden und wann das Eintreffen in Amerika zu erwarten sei.

Washington, 2. März. Präsident Wilson hatte eine lange Unterredung mit den Führern der demokratischen Partei in den beiden Häusern des Kongresses. Der Präsident soll darauf bestanden haben, daß der Kongress über den einseitigen Handelsverbot vor Reisen auf bewaffneten feindlichen Handelsschiffen zu warnen, abstimme. Man glaubt, daß Wilson die Zustimmung hat, diesen Antrag zu unterstützen. Es scheint, daß die Demokraten eine solche Abstimmung dadurch verhindern wollen, daß sie eine Abstimmung über eine nur Vertrauensvotum für die Politik Wilsons gegenüber Deutschland heraufbeschwören. Aber die Republikaner würden dafür schwer zu haben sein. Man glaubt, daß Wilson selbst darauf bestehen wird, daß über den ursprünglichen Antrag gestimmt wird.

London, 2. März. Das Reutersche Bureau ist zu der Erläuterung ermächtigt, daß die englische Ansicht betreffend Handelschiffe und Unterseeboote immer folgende gewesen ist: In Verteidigungszwecken bewaffnete Handelsschiffe dürfen auf Unterseeboote oder irgend welche andere Kriegsschiffe nicht feuern, außer zur Selbstverteidigung. Die Deutschen haben die Bedeutung einer Stelle in einem Schriftstück, das sie an Bord eines von ihnen versenkten Transportschiffes genommen haben, dahin verdreht, die Handelschiffe hätten Weisungen, die Offensiv zu ergreifen. Dem ist nicht so. Die betreffende Stelle, welche das Maximum der Entfernung festsetzt, fenselst welcher Handelschiffen geraten wird, nicht zu feuern, muß im Zusammenhang mit einer anderen Stelle gelesen werden, die vollkommen klar macht, daß die Handelschiffe nicht angegriffen dürfen, wenn ein Unterseeboot nicht unmittelbar feindselige Absichten an den Tag legt.

## Albanien freut sich?

Berlin, 2. März. Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus dem 2. u. 3. Kriegesregiment gemeldet: Für die Stimmung der albanischen Bevölkerung Albaniens sind die Kundgebungen anlässlich der Einnahme von Durazzo überaus begeisternd. Im Bergen Albaniens, in der Stadt Ghojjan, wurde das Ereignis wie ein nationaler Feiertag gefeiert. Die ganze Stadt war mit Fahnen und aufgehängten Teppichen geschmückt. Am Festtag, an dem alle Schichten der Bevölkerung teilnahmen, zog vor das 2. und 3. Station-Kommando und gab der Freude über die Vertreibung der Italiener aus Durazzo Ausdruck. Als der Stationskommandant für die Kundgebung dankte, wurde er unter Hochrufen auf Oesterreich und Ungarn bejubelt. Woher diese stöhlische Freude kommen soll, ist nicht recht ersichtlich.

## Der erste Kreistag in Serbien.

Sofia, 2. März. Aus Belgrad wird gemeldet: In Horni Milanovac ist der erste Kreistag unter der österreichisch-ungarischen Verwaltung abgehalten worden. In der Tagung waren über 100 Abgeordnete aller von österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Kreise Serbiens versammelt. Oberleutnant Eduard Baumann eröffnete den Kreistag, welcher verschiedene Fragen der Verwaltung und der Verwaltung verhandelte. Den erwähnten Gemeindevorsteher wurde auf dem Kreistage durch Handschlag das Geißnis abgenommen und das Ernennungsdekret übergeben.

## Beschwerden der Duma.

Stockholm, 2. März. Bei der Besprechung der Regierungserklärung in der Duma konnte das Mitglied der Rechten, Purischkewitsch, nicht umhin, sich gegen die scharfen Kritik von fortschrittlicher Seite anzuschließen. Unter anderem wies er darauf hin, wie sehr das russische Nationalgefühl durch England erniedrigt werde, das nur unter der Bedingung des Krieges über das Subjekt zur Sicherung des Bundeschiffes ohne genügende Voransicht entscheiden. Schließlich sprach er die Hoffnung aus, daß das siegreiche russische Heer noch durch das Brandenburger Tor einziehen werde.

Rafogon von der Bauernpartei, der von der Front zurückgekehrt ist, klagte die Regierung an, daß die Soldaten Hunger leiden müßten. Viele Offiziere seien bisweilen drei bis vier Tage ohne Essen gewesen. Den Soldaten erging es natürlich noch ärger. Der Redner sprach schließlich den Wunsch nach Teilnahme des Volkes an der Landesverteidigung und Wiederherstellung eines Vertrauensministeriums aus. Die Tätigkeit der Regierung der letzten fünf Monate zeige, daß sie gegen die Landesinteressen handle.

Da auch die Verschärfung der Erklärung der Arbeitsgruppe von der Kriegszensur verboten wurde, entspann sich eine scharfe Zensurdebatte. Darauf wurde ein Dringlichkeitsantrag über die Zensur fast einstimmig angenommen.

Publikum zeigte etwa fünfshundert von der Zensur neugierigen Spalten. In allen Artikeln seien keine Stellen, die irgendwelche Scheinmüße der Landesverteidigung verrieten. Als Beispiel las er einen verbotenen Artikel über jüdische Soldaten vor, die verwundet in Petersburg sich aufhielten, aber sofort ausgewiesen wurden.

Rodjanski verbot jedoch die Verlesung der Formel der Sozialisten, die einen Entwurf vorgelegt hatten, daß von der Regierungskritik zur Tagesordnung überzugehen sei, weil sie zu scharf gegen die Regierung gerichtet und deshalb die öffentliche Verlesung nicht angemessen sei.

## Neuer Luftangriff auf England.

London, 1. März. Amlich wird gemeldet: Ein deutsches Marineflugzeug überflog heute Abend einen Teil der Südküste und warf mehrere Bomben ab. Militärischer Schaden wurde nicht angerichtet. Ein neunmonatiges Kind soll getötet worden sein.

## Die Wehrpflicht in England.

London, 2. März. Wie von zünftiger Stelle bekannt gegeben wird, wird vor Sonntag ein Aufruf erscheinen, der acht Gruppen der nach dem Verhäftsystem eingeschriebenen verpflichteten Männer unter die Fahnen ruft. Das Eintreten beginnt am 7. April. Die in Betracht kommenden Männer stehen im Alter von 19 bis 26 Jahren. (Diese Nachrichten widersprechen sich fast von einem Tag zum andern. Einmal sind die vierzigjährigen schon aufgerufen, dann wieder erst die neunzehnjährigen.)

## Sozialisten gegen Kriegsbeher.

Bern, 2. März. Mailänder Blätter geben eine Bekanntmachung der offiziellen Sozialisten wieder, nach welcher diese beschloffen haben, der Regierung und den extremen interventionalistischen Strömungen, welche die Kriegserklärung an Deutschland wünschen, scharf entgegenzutreten. Turati sei beauftragt worden, in einer der nächsten Sitzungen des Parlaments die sofortige Erörterung über den Etat des Ministeriums des Inneren zu verlangen, was von der Parteileitung als das beste Mittel angesehen werde, um zu erreichen, daß die diplomatische und militärische Lage vor dem Parlament geklärt werde. Falls die Regierung den Antrag der Sozialisten nicht annehmen sollte, würden sie sofort unter ausführlicher Begründung einen Antrag auf Besprechung der wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Politik einreichen, die in diesem Zeitpunkt vorzugehen auf die Regierung im Sinne der Ausdehnung des Krieges unbedingt notwendig erscheine.

## König Konstantin kehrt nach Athen.

Athen, 2. März. (Meldung der Agence Havas.) Wie die Blätter melden, wird es die auswärtige Lage dem König Konstantin nicht gestatten, die Hauptstadt zum Besuch des Lagers in Saloniki zu verlassen.

## Die Butterkarte in Württemberg.

Stuttgart, 2. März. Laut Verfügung des Ministeriums des Innern werden vom 9. März an zur Klärung des Butterverbrauchs Buttermarken eingeführt, durch welche Personen mit Mehl- und Brotkartenberechtigung Anspruch auf monatlich vier Buttermarken für je 125 Gramm Butter erhalten.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Lebensmittelversorgung der griechischen Bevölkerung. Wie aus Saloniki gemeldet wird, schloß die griechische Nationalbank einen Vertrag mit Amerika zur Lieferung von 25 000 Tonnen Meizen ab. Griechische Schiffe stehen für den Transport des Getreides zur Verfügung. Der Weizen soll an die Bevölkerung, die Not an Lebensmitteln leidet, verteilt werden. Für die Kommerz liefert Frankreich wöchentlich 200 Waggons Weizen und sorgt nur provisorisch für die Ernährung der leidenden Bevölkerung.

Oberst Gali hat dem Bundesrat seine Demission als Sektionschef der schweizerischen Generalkassendepartements des Militärdepartements eingereicht.

## Die 469. amtliche Verlustliste.

enthält u. a. folgende Truppenteile vom 5. und 6. Armeekorps: Grenadier-, Infanterie- und Füsilier-Regimenter: Nr. 7, 10, 11, 37, 46, 47, 51, 63, 129, 155, 156, 157; Reserve Nr. 7, 10, 38, 46, 228, 271; Landwehr: Nr. 6, 7, 11, 46, 47. — Kavallerie: Husaren Nr. 4. — Feld-Artillerie: Reserve Nr. 21. — Fuß-Artillerie: Nr. 5, 6, Reserve Nr. 5. — Pioniere: I Nr. 6.

## Preussisches Abgeordnetenhause.

19. Sitzung, Donnerstag, 2. März, vorm. 11 Uhr.

Auf Ministerlich: Herr v. Schorlemer, Dr. Senke. Das Haus ist hart besetzt. Es werden zunächst die

## Abstimmungen zum Aufhebungsgesetz.

vorgenommen. Der polnische Antrag auf Einführung einer Aenderung des Rentengesetzes, wonach Rentenzug nicht aus konjunktionalen, nationalen oder politischen Gründen verjagt werden dürfen, wird von der aus den Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen bestehenden Mehrheit gegen das Zentrum, die fortschrittliche Volkspartei, die Polen, Sozialdemokraten und Danen abgelehnt. Im übrigen wird die Vorlage samt den Resolutionen der Kommission angenommen. Es folgt der

## Stat der Botschafterverwaltung.

Berichterstatter Dr. Wahnschke (Sp.): Während früher die Nachfrage nach Losen kaum befriedigt werden konnte, überwiegt gegenwärtig das Angebot. Das Losgeschäft muß also kaufmännisch betrieben werden, soll ein Gewinn daraus entstehen. Abtrags sind schon jetzt von 611 Einnehmerstellen 143 mit pensionierten Offizieren besetzt.

Dieser Etat wird genehmigt. Eine Reihe kleinerer Etats werden debattelos bewilligt.

## Stat des Hauses der Abgeordneten.

bringt Berichterstatter Abg. Dr. Wahnschke (Sp.) die Belästigungen zur Sprache, die für die Abgeordneten dadurch entstehen sind, daß vielleicht in etwas zu großem Umfang die Räume des Abgeordnetenhauses an gemeinsame Verbände vergeben worden sind. Auch kleinere Diebstähle seien bereits vorgekommen. (Hört! Hört!) Sodann begründet Dr. Wahnschke einen Antrag der Haushaltskommission, den Abgeordneten für die Dauer der jedesmaligen Legislaturperiode freie Fahrt auf allen Eisenbahnen innerhalb des preussischen Staatsgebietes zu gewähren. Darauf hätten alle Mitglieder des Hauses ein gleiches Recht. (Zustimmung.) Von Seiten der Regierung liege eine gewisse Rücksichtlosigkeit darin, daß sie dem so oft gedachten Wunsch einer großen Mehrheit des Hauses nicht Rechnung trage. (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum.)

Abg. Schmedding (Ztr.): Wir legen Verwahrung ein gegen die Verächtlichmachung des „Berliner Tageblatt“, daß wir aus Mangel an Geldbeschränkung dem Staate täglich 6000 Mark Unkosten verursachen. Gerade ein Blatt der Linken, das bisher stets für mögliche Freiheit des Parlamentarismus eingetreten ist, sollte solche Vorwürfe am ehesten erheben. (Zustimmung.) Es ist vergeblich für uns, daß die Regierung zu unserem Wunsch auf freie Fahrt auf allen Bahnen noch nicht Stellung genommen hat. Wir haben in der zweiten Lesung für die Unterhaltung des Ministerialgebäudes und der Repräsentationsräume des Ministers sowie für Ergänzungen der Einrichtungsgegenstände in der Dienstwohnung des Ministers des Innern über 23 000 Mark bewilligt. (Hört! Hört! links und im Zentrum.) Ob wir diese Summen auch bei der dritten Lesung bewilligen werden, kann ich allerdings noch nicht sagen. (Hört! Hört! links und im Zentrum.) Wir empfinden die Unterhaltung der freien Fahrt als eine Zurücksetzung gegenüber dem Reichstag. (Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Köpcke (Sp.): Das „Berliner Tageblatt“ trägt die Verantwortung für seine Haltung selbst. Die Konservativen waren nicht immer so heftige Gegner der freien Fahrt. Kein Augenblick wie der letzte ist geeigneter zur Erfüllung dieses wünschenswerten. Der Krieg bringt es mit sich, daß in den verschiedensten Abgeordneten ein Recht haben. (Zustimmung links und im Zentrum.) Ferner ist notwendig, daß Vertreter der Städte häufiger aufs Land hinausfahren, um sich zu überzeugen, unter welchen Schwierigkeiten die Landwirtschaft im Kriege arbeitet. (Sehr richtig! links.) Im Herrenhause ist die Notwendigkeit der Einführung von Freifahrten im Interesse der Volkswirtschaftlichkeit dieses Hauses längst anerkannt. Zu einer idealen Zusammenfassung dieses Hauses gehört, daß keine Landwirte und Geschäftleute ihm angehören. Diese Kreise können aber keine Aufwendungen für Reisen machen. (Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Leizert (Sp.): Sparbarkeit ist nützlich, aber sie darf nicht an den Bezügen unserer Diener und der sonstigen Angestellten dieses Hauses geübt werden. Wir wünschen, daß die Lohnverhältnisse unserer Diener entsprechend der Lernerung erhöht werden. — Es ist keine des Abgeordnetenhauses würdige Sache, daß wir hier fortgesetzt die Freifahrten verlangen müssen, während man draußen im Volke glaubt, daß wir sie haben. Ein Abgeordneter hat wirklich keine Zeit, um etwa mit der Freifahrt Vergnügungsfahrten zu machen, wohl aber müßten wir doch auch die Möglichkeit haben, uns z. B. die Moorkultur und den Wiederbau von Düpprenens anzusehen, wofür wir die Kosten bewilligen. Wir wollen nicht über den Ministern stehen (Heiterkeit), aber auch nicht unter ihnen. Das Haus hat seiner Zeit die Anwesenheit des Ministers verlangt, als es sich um die Freifahrten nach Berlin handelte. Würde der Minister hier sein und sich für unsere Forderung erklären, so würde man im Volk ihre Notwendigkeit einsehen. (Zustimmung links.)

Abg. Graf v. d. Groben (Konj.): Wenn nicht gleichzeitig Anwesenheitsgelder eingeführt werden, so könnte die Bewilligung der Freifahrten wirklich so angefaßt werden, als ob sich manche Abgeordnete einen Vorteil verschaffen. (Zuruf links: Unmöglich!) Gerade die geringe Beschäftigung ist Beweis für die Notwendigkeit von Anwesenheitsgeldern. Wir hatten den Antrag in diesem Augenblick für nicht gangbar. Die Reise nach und vom Bohorn haben die Mitglieder ja heute schon frei. (Zuruf: Wahlfrei!)

Abg. Dr. Friedberg (nl.): Den Vorwurf der persönlichen Bereicherung weisen wir ganz entschieden zurück. (Beifall links.) Sehr bedauerlich ist, daß der Minister dieser Debatte nicht beigewohnt. Sein Fernbleiben ist für uns nicht sehr rücksichtsvoll. (Zustimmung links.) Fehlt er auch bei der dritten Lesung, so würden wir wirklich mal endlich unsere Nachmittel benutzen müssen, um ein besseres Verhältnis bei der Regierung für unsere Wünsche zu erzwingen. (Beifall links.)

Abg. Köpcke (Sp.): Würden die Konservativen zur Mehrheit gehören, wahrscheinlich würde die Regierung rücksichtsvoller sein. Bei der Anwendung der Zwangsmittel werden wir Dr. Friedberg gern unterliegen.

Abg. Dr. Krenth (fr.) erklärt, daß er selbst für den Antrag sei, daß ein Teil seiner Kreuze ihn aber ablehnen werden. Der Etat wird bewilligt, der Antrag auf Freifahrt wird gegen die Stimmen der Konservativen und einiger Freikonservativen angenommen. Der Etat des Herrenhauses wird ohne Besprechung genehmigt, ebenso der Etat der königlichen Seehandlung und nach kurzen ausserordentlichen Worten des Abg. Band (Konj.) der Etat der Rentlosgenossenschaftskasse. Es folgt der

## Stat der Sanberverwaltung.

Abg. Serlach (Zentrum): Sehr erfreulich ist, daß die neuangekauften wässrigen Wasserkrüge und die Ober-Weichsel-Verbindung nunmehr in Betrieb genommen werden. Der Verkehr auf unseren Wasserstraßen zeigt eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung. Die Hochseefischer sollte mehr gefördert werden im Interesse unserer Volksernährung. Der Bau von Arbeiterdenkmälern und Heldenbainen sollte ausschließlich nach künstlerischen Grundzügen erfolgen. (Beifall.)

Abg. Mathis (nl.): Hätten wir einen durchgehenden Schiffsverkehr zwischen Eilen und Weilen gehabt, so wäre die Kartoffelversorgung des Reichs durch den Osten viel leichter gewesen. (Sehr richtig!) Die Verluste der Schiffer durch den Krieg sind sehr groß. Die Regierung sollte ihnen mit gering vergünstigten Darlehen zu Hilfe kommen.

Minister v. Breitenbach: Einer Neuorganisation auf dem Gebiete der Wasserstraßen stehen viel größere Schwierigkeiten entgegen als auf dem Gebiet der Eisenbahnen: weil man es da mit einer Anzahl verschieden großer Unternehmen zu tun hat. Der Fürsorge für die Interessen der Schiffer werde ich alles Augenmerk zu.

Abg. Färbringer (nl.) dankt dem Minister für die Fortführung der Landgewinnungsarbeiten im Riffenbecht auch in der Kriegszeit. In Emden wurden jetzt 800 Hektar Neuland gewonnen. Die soziale Bedeutung solcher Arbeiten ist nicht zu verkennen. Den Handelschiffahrtsanlagen von Emden bitte ich das volle Interesse zu bewahren.

Abg. Freiherr v. Rastbach: Für Inangriffnahme neuer Wasserstraßenprojekte halten wir den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet. Wir danken den Ministern, daß er trotz aller Sparbarkeit es verstanden hat, die notwendigen Bauten auch im Kriege zu fördern.

Abg. Waerwaib (Sp.): Dem Wunsch des Abg. Serlach, daß uns bald nach dem Kriege eine neue wasserwirtschaftliche Verlage zugehen möge, schließen wir uns an. Vor allem sollte das fehlende Stück des Mittelkanals Hannover-Wagdeburg baldigst in Angriff genommen werden. Hätten wir dieses Kanalsstück schon während der Mobilmachung gehabt, so hätten unsere Eisenbahnen viel weitgehend entlastet werden können. Dem Antrage auf Fürsorge für die Kleinschiffer stimmen wir zu. Die Weichsel hat fortgesetzt unter Verfassungen zu leiden. Diesen Zuständen möge der Minister seine Aufmerksamkeit zuwenden. Wenn die Weichsel von Warschau bis Danzig auch für größere Schiffe in jeder Jahreszeit schiffbar gemacht werden könnte, so würde das ein gewaltiges Stück höherer Kulturarbeit bedeuten. Sehr wichtig ist auch die Förderung eines Projekts des Main-Donau-Kanals. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Dahlem (Ztr.) tritt dafür ein, daß den kleinen Schiffen die Gebühren für den Aufenthalt in Häfen ermäßigt werden.

Abg. Freiherr v. Jedlich (fr.) betont gegenüber dem Abg. Waerwaib, daß der Mittelkanal in der Hauptsache nur für Berlin und Magdeburg nützlich bringen würde.

Der Etat wird hierauf bewilligt, der Antrag der Kommission im Interesse der kleinen Schiffer angenommen.

Nach Entgegennahme des Berichts der Kommission über den Zustand verlagte sich das Haus.

Neunte Sitzung Freitag, 11 Uhr. (Dritte Lesungen kleinerer Vorlagen. Juliestat.) Schluß 4¼ Uhr.

Wo alles versagt, hilft

# „Gina“

9000 L.

mechanisches, ärztlich empfohlenes und auch in allen Fällen glänzend bewährtes Mittel gegen

## Rheumatismus, Gicht, Ischias, Hexenschuss, Nierengriss, Podagra und Harnröhrenablägerungen.

— Statt vieler Worte sagen wir:

### Bei Nichterfolg Geld zurück!

Daher kein Risiko. Preis M. 4.— als Flasche.

Zu beziehen durch alle Apotheken. — In Dresden: Ring Vorläufer, Neuhofmarkt, Apotheke zum goldenen Hirsche, I. Ring 41 und Kreuz- und Markt, V. Neue Schwandauerstraße 2. — Verkauf a Sie von allen Apotheken mit Dankschreiben und Garantie.







Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. März.

Stadtverordnetenversammlung.

Den Vönantritt der gestrigen Sitzung nahm die Neuordnung der Straßenbahnfahrpreise in Anspruch, wobei der die immerhin noch lang genug ausgehobene Debatte über die Schwammqualifikation in den Hintergrund gedrängt wurde. Erwähnenswert daraus wäre eigentlich nur eine Klasse des an Sarkasmus reichen Herrn Dr. Hande, der den Magistrat im Verdacht hat, daß er seine unanständige Lizenzgeheimnisse ausgerechnet durch die „Volkswacht“ der gemeinen Bürgerlichkeit offenbart, eine Vermutung, die allseitige Freundschaft zum Teil Schadenfreude auslöst. Derselbe Redner gab in gewohnt klarer Darstellung die Absichten des Magistrats kund, die mit der Straßenbahnvorlage verbunden sind: Verbefähigung eines etwa 900.000 Mark hohen Uberschusses durch Beschränkung des Befähigungstarifs und Erhöhung der Zeitkarten. Die beiden sozialdemokratischen Redner Schütz und Löbe stellten sich auf den Standpunkt, daß der Befähigungstarif gewahrt werden muß, denn die Käufer der Befähigungsbillets erhalten die Bahn. Sie erklärten sich für Abschaffung der Vorzugskarten und der umentgeltlichen Karten und sind mit einer mäßigen Erhöhung der Monatskarten einverstanden, wenn denjenigen, die die Karte nur einmal nützlich benutzen (also meist auf dem Wege zu ihrer Arbeitsstelle) der Preis nicht über 5 Mark erhöht wird. Während Stadtkaufmann Scholz den Magistratsantrag verteidigte, trat Stadtw. Wujakowski von der Rechten für das Umföngsbillet für 15 Pfg. ein, dagegen hat er Bedenken bei der Befähigungserhöhung. Somit hörte man von der Rechten merkwürdigerweise kein Wort über ihre Stellung zur Vorlage, das Zehnwort des Stadtw. Heibrich zu seinem Antrage war leider nicht zu vernehmen. Dagegen brachten fünf Redner der Liberalen verschiedenartige Wünsche vor, die sich teilweise, z. B. bei Herrn Wolff und Herrn Wohlauer, mit den sozialdemokratischen decken. Herr Prof. Kückenhal hat um ein warmes Herz für die Studenten, die in Breslau durchaus nicht aus reichen Familien stammen. Schließlich wanderte die ganze Vorlage in den Hausbesuchsausschuß, und bei ihrer ferneren Beratung wird man auch noch die Wirkung der Reform auf die Straßenbahnangelegten prüfen müssen, die schon heute unter dem Straßenbystem der merkwürdigenweise immer zahlreicher werdenden Straßenschlängelung am meisten zu leiden haben. Der Zonentarif wurde ja dann der Schöpfstein noch die Aufgabe zuzureichen, alle über die Zonengrenze gefahrenen Fahrgäste an die Luft zu lassen. Schließlich wird die Frage zu prüfen sein, ob nicht die ganze Rentabilitätsberechnung ein Loch hat, weil die Stadt die bei ihr selbst gekaufte — Elektrizität allgütiger in Rechnung stellt. Hoffen wir, daß es wenigstens gelingt, den Befähigungstarif am Leben zu erhalten.

Zu Beginn der Sitzung wurde verkündet, daß Stadtw. Zehnbart von der Rechten sein Mandat plötzlich niedergelegt habe, nachdem ihm erst vor zwei Monaten bei seinem 25jährigen Jubiläum eine lange weitere Wirkdauer gewünscht worden war.

In der 17ten Sitzung wurde die Vergebung der Anschlagkassen an den Kaufmann Julius Cohen für 55.000 Mark jährlich in den ersten drei Jahren und für 62.000 Mark jährlich in weiteren zwei Jahren beschlossen. Damit tritt Herr Cohen am 1. April von seiner Funktion zurück, die er 13 Jahre lang ausgeübt hat.

Vor einem Jahre.

3. März: Eine feindliche Stellung auf der Loretohöhe erklärt. Erfolgreiche russische Angriffe bei Grodno und bei Tom a.

Aus aller Welt.

Nehme pro Kopf 300 Mark Nutzen!

Die Konsumenten haben es in diesem Kriege oft genug erlebt, daß gewisse wenige den Weltrieg als eine riesige, große Wagnispartie ansehen, als eine Weltwagnispartie. Man hört immer die Kriegswirtschaftspolitiker verächtlich die jungen Konsumenten, man sieht sie sich die Hände reiben und im stillen das schreien, das bevorsteht, überschlagen. Auch im Handel mit dem Leben ist nicht immer reine Vaterlandsliebe die Triebfeder, sondern der Nutzen pro Kopf. Diese Triebfeder leuchtet auch aus einem Briefe hervor, den ein Kiedesheimer Einwohner auf dem freien Plaze vor dem Gildesheimer Bahnhof geschrieben hat. Der Brief ist ohne Umschlag, weshalb die Adresse nicht festzustellen ist. Alexander des Grafen ist, wie aus dem bedruckten Briefkopf hervorgeht, ein Viehhändler und Wäberer in der Gegend, Ostpreußen. Der Wortlaut des gemüthlichen Schreibens ist folgender:

Bunde, den 10. 2. 1916.

Guter Freund! Sandte Ihnen die 7 Röhre ab. Für Kraut usw. haben wir 65 Mk. ausbezahlt. Du kannst gut vorstellen, wie ich mich freue, wenn die Tiere sich gut herauskommen. Seitdem waren die Röhre in der Schredelkammer. Für 4 kleine Röhre, welche ich nicht haben wollte, lösten wir 920 Mk. pro Stück. Mit dem Rest hat es nicht zu sagen. Verzeihe mir das. Vor allen Dingen nehme für diese Tiere genug, rechne nicht den Einkauf, sondern nehme pro Kopf 300 Mk. Nutzen. Das würdest Du von Herzen sein Freund. (Holt Unterschrift.) Ja, dankesich Dir, Herzl! 300 Mark Nutzen sind schon ein Titel zur Bekämpfung von Verwundungen aller Art. Es läßt die kapitalistische Wirtschaft!

Arbeit bekomme ich doch nicht mehr.

Ein „schwerer Junge“ von 63 Jahren wurde auf freier Tat wieder einmal festgenommen. In dem Hause Rothbuser Ramn 4 erwarb der Inhaber einer Goldwarenhandlung, der hinter dem Laden schlief, durch das Klirren von Glascherben. Er vermutete, daß ein Einbrecher seine Scherenscherbe zertrümmert habe, sprang auf, eilte hinaus, sah den

Die Fahrpreise der Straßenbahn.

Stadtw. Hande (lib.):

Die Uberschüsse der Straßenbahn waren im vorjährigen Etat mit 380.000 Mark angesetzt und dieses Jahr mit 280.000 Mark, die auch nicht mehr voll vorhanden sind. In anderen Städten sehen wir die gleiche Erscheinung. Während die Hamburger Straßenbahn früher 10—12 Prozent Dividende brachte, bringt sie jetzt nur 1 Prozent. Die schlechten Ergebnisse hängen allerdings auch zum Teil mit dem Kriege zusammen. Die Einnahmen sind nicht gesunken, sondern die Ausgaben sind stark gestiegen. In Breslau sind die Ausgaben für Löhne, Bekleidung und Versicherung stark gestiegen. Der Magistrat schlägt eine Erhöhung der Preise für Streckenkarten und den Zonentarif vor. Die einfache Karte für eine Strecke soll von 4 auf 6 Mark, die Fünfmarktkarte von 7 auf 8 Mark und die Neufmarktkarte von 10 auf 12 Mark erhöht werden. Das wird ohne Zweifel eine hohe Belastung für viele Familien sein. Für manchen Familienvater selbst mit 10.000 Mark Einkommen wird es eine Steuererhöhung von 30 Prozent gleichkommen. Aber die Selbstkosten müssen gedeckt werden; es kann niemand verlangen, daß ihn die Bahn unter dem Selbstkostenpreise befördert. Eine Berechnung ergibt, daß sich die Selbstkosten auf rund 6 Pfg., mindestens 5 1/2 Pfg. für eine Fahrt stellen und diesen Selbstkosten stellen nun die Dauerkarten entsprechen. Man verlangt eine Abkufung nach dem Einkommen, aber die Straßenbahn ist eine äußerst demokratische Einrichtung, die für alle das gleiche kostet und deshalb auch auf gleichmäßige Bezahlung Anspruch hat. Heißt in die Frage der Schülerkarten. Aber die Jungen benutzen die Bahn vielfach als Zummeltak. Sie stehen nicht einmal auf, wenn Damen einsteigen und so ist die Erhöhung von 3 auf 4 Mark auch nicht unerschöpflich. Auch die Arbeiter sind einer Erhöhung nicht zu entziehen. Statt 60 Pfg. sollen sie 60 Pfg., mit der Steuer 65 Pfg. bezahlen. Vorzugskarten sind zu streichen. Ich sehe nicht ein, warum Studenten billiger fahren sollen. Von Schülerkarten kommen übrigens nur 2000 Personen in Betracht, die diese Karten bisher benutzen. Auch die Stadtverordnetenkarten zu streichen, ist mir sympathisch. Durch den Zonentarif sollen außerdem 400.000 Mark mehr einkommen. Ich erinnere daran, daß 100.000 Mark Mehreinnahme 1 Prozent Steuern weniger bedeuten und bitte, sich deshalb im Ausschusse auch für den Zonentarif zu erwärmen.

Stadtw. Wohlauer (lib.):

hat schon früher die Streckenkarten für 4 Mark als zu billig empfunden, aber man fällt damit die Wagen. Wäre der Etat einigermaßen günstig, könnte es dabei bleiben, nicht aber, wenn es so wie jetzt steht. Schwer ist es, für die Erhöhung der Schülerkarten einzutreten, aber es bleibt kein anderer Ausweg. Statt des Zonentarifs will der Redner die Umföngskarten auf 15 Pfg. erhöhen.

Stadtw. Schütz (Soz.):

Den Zahlen des Magistrats zur Begründung des Zonentarifs müssen wir doch auch die Einwohnerzahlen und die Betriebslängen der angrenzenden Städte gegenüberstellen und dann erörtern, daß die Zahlen hinfällig sind. Wir haben keine Katasterkarten. Von zwei angrenzenden Städten zu kommen, müßte die Zone immer zweimal überschritten werden. Dagegen kann man eine Erhöhung der Streckenkarten beabsichtigen. Dabei verfahren wir aber, Streckenkarten für Beamte und Angehörige zur vierteljährlichen Benutzung am Tage für 5 Mark herauszugeben. Viele von ihnen, die in den Vorstädten wohnen, sind auf die Straßenbahn angewiesen. Für die Abschaffung der Vorzugskarten sind wir durchaus, denn sie kommen nur Personen zu gute, die so schon allerlei Vorzüge besitzen. Auch die Freikarten können abgeschafft werden, trotzdem ihrer nur sehr wenige ausgegeben werden. Die Institute müssen dann eben die Karten bezahlen. Besonders denken wir aber an die Arbeiter und bitten, die Arbeiterkarten nicht zu erhöhen. Wir verweisen darauf, daß die Arbeiter nur in bestimmten Zeiten fahren dürfen, wo die Wagen sonst nur wenig besetzt sind.

Stadtw. Hamburger II (lib.):

Die Finanzpolitik muß heute leider vor die Verkehrs- politik treten. Die Zahl der Streckenkarten ist unverhältnismäßig groß und ich glaube, daß es genügt, den Preis auf 5 Mark zu erhöhen. Ein weiterer Schönheitsfehler in der Zonentarif. Sollten die Streckenkarten auf 6 Mark kommen, dann sollten sie wenigstens auch Sonntag vormittags gelten, da wir noch keine vollkommene Sonntagsruhe haben. Die Preise für Schülerkarten bitte ich nicht zu erhöhen, dafür aber herabzusetzen, daß sie nur auf dem Wege zur und von der Schule benutzt werden dürfen. Die Amtskarten können abgeschafft werden. Die Arbeiterkarten vertragen eine Erhöhung. Die Arbeiter sind im Einkommen nicht schlechter gestellt, als die Anstellten. Statt

des Zonentarifs erklärt sich der Redner für 15 Pfennige beim Umföngverkehr.

Stadtw. Geige (b.):

ist aus Gründen der Einfachheit gegen den Zonentarif und für 15 Pfennige beim Umföng. Zu Ausschusse möge man erwägen, ob es nicht angebracht wäre, daß eine Karte von einer Haltestelle bis zu einer gewissen Anzahl weiterer Haltestellen gilt.

Stadtw. Wujakowski (konf.):

Als die Straßenbahn verstaatlicht wurde, hat niemand daran gedacht, daß sie dazu dienen sollte, hohe Gewinne zu erzielen. Wir sind davon ausgegangen, daß die wichtige verkehrspolitische Seite entscheidet. Denken Sie an die große Zahl mittlerer und kleiner Leute, die draußen wohnen und deren Familienmitglieder ihrem Beruf nachgehen müssen. Die Erhöhung der Streckenkarten ist begründet, aber die Privatleute und Beamten bis zu 2400 Mark Einkommen müssen wir davon ausnehmen. Für den Zonentarif bin ich nicht; aus technischen Gründen bin ich vielmehr für 15 Pfg. beim Umföng. Schüler- und Studentenkarten sollten wir nicht erhöhen, sondern die Billigkeit auf den Weg von und zur Schule beschränken.

Stadtw. Wolff (lib.):

Die kommunalen Einrichtungen haben soziale Aufgaben zu erfüllen, deshalb sollten wir es bei den Leuten unter 2000 Mark Einkommen bei den bisherigen Preisen belassen. Die Kreise, die so wie so in Hunger und Not leben, sollen wir nicht härter belasten. Man kann bei der Straßenbahn ja auch eine erste und zweite Klasse einrichten, wie es z. B. in Maribau (Böhmen) der Fall ist. Dem Fahrpreise löst sich auch die Kilometerpreise zu Grunde legen.

Stadtw. Scholz:

Die Verwaltung bemüht sich schon seit Jahren um eine Erhöhung, da sie mit 4 Mark für Streckenkarten nicht auskommt. Infolge der niedrigen Abonnementpreise ist die Zahl der Abonnenten ständig gestiegen. Waren es früher nur 10 Prozent der Fahrgäste, so sind es heute rund 30 Prozent der Fahrgäste. Eine Erhöhung ergibt, daß dadurch die Selbstkosten nicht gedeckt werden. Es ist schmerzhaft, gerade jetzt im Kriege eine solche Erhöhung eintreten zu lassen; die Preise hätten eben schon früher auf 5 Mark erhöht werden sollen, dann wäre jetzt die Erhöhung auf 6 Mark nicht so schmerzhaft. Um den Befähigungstarif aufrecht zu erhalten, schlägt der Magistrat den Zonentarif vor. Es ist dabei allen Geschäftsleuten möglich, für 10 Pfg. von außen in die Innenstadt zu gelangen und nur bei Vergnügungsfahrten nach dem entgegengesetzten Ende der Stadt sind 15 Pfg. zu zahlen.

Stadtw. Löbe:

Das wertvolle Publikum der Breslauer Bürger, der Befähigungstarif, soll nicht durchbrochen werden, denn gerade die Käufer des Befähigungsbillets erhalten die Straßenbahn. Der Staat zahlt die einzelne Fahrt 1/2 bis 6 Pfennige, der Staat des Befähigungsbillets zahlt fast das Doppelte dafür. Er ist also an dem ganzen Uberschusse nicht schuldig, man kann ihn nicht durch einen Zonentarif oder ein Umföngsbillet für 15 Pfg. ersetzen. Der Redner will, daß die Familien einfacher Leute am Sonntag ins Freie gehen und sich die Luft durch die Felder an der Stadtgrenze holen können, der Luft auch gegen die Erhöhung des Straßenbahnverkehrs sein. Statt dessen wird der derzeit höheren Einkommen durch die Zonentarif zurückgenommen. Wir sind für Abschaffung aller Vorzugskarten für einzelne Leute und für energische Beschränkung der umentgeltlichen Fahrten. Die kommunalen Polizeibehörden dazu, auch außerhalb des Landes ein Wort zu sprechen und Kritik zu führen. Wir haben uns in letzter Zeit ganz leidlich mit der Politik (weiterhin) — von Einzelheiten abgesehen —, aber doch recht räumen wir Herrn despekt nicht ein. Wir sind für die Zeitbedingung der Schülerkarten und für Einführung einer Monatsstreckenkarte mit täglich viermaliger Benutzung für diejenigen, die die Karte zu ihrem Arbeitsort benutzen. Verlangt man von ihnen 5 Mark, dann kann denken, der eine Karte unerschöpflich leihen will, erheblich mehr als ein. Das Denken einer Monatskarte aber wird für die Angehörigen ein erhebliches Hindernis sein, die Karte zu ihrem Arbeitsort zu benutzen. Verlangt man von ihnen 5 Mark, dann kann denken, der eine Karte unerschöpflich leihen will, erheblich mehr als ein. Das Denken einer Monatskarte aber wird für die Angehörigen ein erhebliches Hindernis sein, die Karte zu ihrem Arbeitsort zu benutzen. Verlangt man von ihnen 5 Mark, dann kann denken, der eine Karte unerschöpflich leihen will, erheblich mehr als ein. Das Denken einer Monatskarte aber wird für die Angehörigen ein erhebliches Hindernis sein, die Karte zu ihrem Arbeitsort zu benutzen.

Stadtw. Kückenhal (lib.):

bittet, die Vorzugskarten für Studenten bestehen zu lassen. Die Studenten sind durchaus keine wohlhabenden Leute und

Inter nach dem Verstande zu entstehen und verteilte ihn mit anderen Leuten, die sich ihm anschließen. Die Verfolger holten den Einbrecher bald ein und brachten ihn nach der Wache des 11. Regiments in Neuföng. Hier erachtete man in dem Getauschten den 63 Jahre alten Maler Hermann Hilbig, der wegen Einbruchs nicht weniger als 32 Jahre seines Lebens im Zuchthause zugebracht hat. Auch jetzt hatte er wieder eine reiche Beute gemacht. Für 100 Mark Goldwaren aber hatte er auf der Flucht verloren, und sie wurden bis jetzt nicht wiedergefunden. Die amere Beute wurde ihm gleich wieder abgenommen. Hilbig, der sich wohnungslos in Berlin aufhielt, erklärte, daß er die neue Tat verübt habe, um wieder ins Zuchthaus zu kommen. Der Quacker und die Zehnzahl nach einem Unterkommen hätten ihn dazu getrieben. Er wolle lieber im Zuchthause sitzen, als sich in der Welt umhertreiben. Arbeit bekomme er doch nicht mehr.

Die Königin-Wilhelme von Rumänien, Frau des verstorbenen Königs Karol ist gestern ihren toten Gatten gefolgt. Sie starb in Bukarest. Die Verstorbene war besonders als Fischerin unter dem Namen Carmen Sylva bekannt und in dieser Eigenchaft in vielen Ländern Europas verehrt.

Kaufmännischer Fall in einem Viehhändler. Von zwei maskierten Räubern wurde Mittwoch spät abends der 24 Jahre alte Viehhändler Wolfenfeld in der Kleinen Hamburger Straße 17 zu Berlin überfallen. Wolfenfeld war gegen 10 Uhr noch in seinem Keller, der auf dem Hofe liegt, damit beschäftigt, Eier zu sortieren. Die Kellertür war nicht verschlossen. Mächtig sah er sich zwei Männern gegenüber, die da Gesicht maskenartig halb mit schwarzen Tüchern verbunden hatten. Der Viehhändler hatte nicht bemerkt, daß die beiden Männer eintraten waren. Einer von ihnen sprach ihm sofort an die Kehle und versuchte, ihm den Mund zuzuhalten. Wolfenfeld wehrte sich aber und ließ dem Angreifer im Kampfe einen Finger blutig. Vor Schmerz ließ ihn der Räuber los. Unterdessen hatte sich der zweite Räuber eines Ueberziehers bemächtigt, den Wolfenfeld mit einer Pistole, die 600 Mark in Bawiergeld enthielt, an der Wand aufgehängt hatte. Mit die Pistole des Ueberfallenen ließ er seinen Freund im Stich und ergiff mit keiner Beute die Flucht. Da schon Leute herbeikamen, warf der Räuber seine Beute fort und lief davon. Inzwischen erschienen Kriminalbeamte und nahmen den Räuber, mit dem Wolfenfeld noch kämpfte, fest. Es ist der arbeitlose, 19 Jahre alte Richard Engel, der sich schon längere Zeit ohne Wohnung umhertreibt. Der zweite erkrankt.

Neue Lawinenwägr. Eine Meldung aus Innsbruck berichtet über ein Lawinenunglück im Dolomitengebirge, bei dem

eine aus zehn Mann bestehende Arbeitergruppe von niederschneidenden Schneemassen überrollt wurde. Fünf Mann wurden verletzt erbeugt, einer ist tot, vier werden noch vermisst.

Ein Ei 6 Pfennig! Billige Eierpreise wird es nächstens in der Stadt Wolda geben. Die städtische Lebensmittelkommission konnte aus Ostpreußen 128.600 Stück weiße Eier beziehen, die zum Selbstkostenpreise von 6 Pfg. das Stück an die ärmere Bevölkerung abgegeben werden sollen.

Ein Russischer Erregender Verleibigungsprozeß. Der Berliner Strafanwalt wurde vorige Woche ein Verleibigungsprozeß verhandelt in dem der Angeklagte der frühere königliche Polizeikommissar Bod aus Berlin war. Bod ist vor einigen Jahren wegen Sittlichkeitsverbrechen zu seinen Schülern zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt worden, auf Grund der Aussagen der angeklagten Mädchen. Schon während der ersten Verhandlung gegen Bod, erklärte dieser unklarlich zu sein. Während seiner Gefängniszeit betrieb er niedrige das Wiedererwerbungsberufung eine Frau. Als er eine Zeit abgelaufen, ließ er eine Briefe schreiben, in der er dem Kriminallaboratorium ein Briefe Louisa in dem Bonheur wohnt, daß er bei der Vernehmung der Schürmädchen diesen die Aussagen gegen ihn förmlich abgezwungen habe und war entgegen der Wahrheit. Deshalb lagte Louisa gegen Bod wegen Verleibigung. In der mehrtägigen Verhandlung bestätigten nun tatsächlich mehrere jener ehemaligen Gefängnisgenossen die Behauptungen des Bod. Wegen schwerer Verleibigung des Angeklagten mußte der Prozeß abgebrochen werden. Wir werden nach der Wiedererwerbungsberufung das funktionelle Prozeß berichten.

Das verhängnisvolle künstliche Gebiß. Donnerstag ist in einem Lokale in Berlin eine Frau ein, die sich ein Gebiß künstlich hergestellt. Während sie es, blieb ihr eine Ort im Gelle stecken. Bei dem Versuche, diese zu entfernen, löste sich ihr künstliches Gebiß und glitt in den Hals. Sofort stellte sich Atemnot ein, jedoch die Frau kam nach der Unfallstation in der Kronenstraße gebracht wurde. Dort konnte ihr aber keine Hilfe mehr erwirkt werden, da sie bereits erstickt war.

8000 Mark für ein Plakat. Die A. E. G. veranstaltet jetzt einen demokratischen Plakatwettbewerb. Gefordert wird ein gutes künstlerisches Plakat zur Förderung des Reiches der A. E. G. Plakatsachen. Für die Preise sind insgesamt 8000 Mark ausgesetzt. Die Bedingungen des Wettbewerbes liegen im Sekretariat der A. E. G., Berlin NW 10, Friedrich-Rath-Platz 2/4.







# Politische Uebersicht.

## Die neue Tabaksteuer.

Nach dem neuen Tabaksteuer-Gesetz (siehe erste Seite) werden erhoben für Zigaretten Kriegsausschläge, die sich nach dem Kleinverkaufspreise richten und zwar, im Preise

bis zu 1 1/2 Pfg. das Stück pro 1000 Stück	3 Mark
" " 2 1/2 " " " " " "	5 " "
" " 3 1/2 " " " " " "	7 " "
" " 5 " " " " " "	12 " "
" " 7 " " " " " "	18 " "
über 7 " " " " " "	25 " "

### Für Zigaretten-Tabak im Kleinverkaufspreis:

über 5—10 Mark pro Kilo pro Kilo	3 Mark
" " 10—20 " " " "	5 " "
" " 20—30 " " " "	8 " "
" " 30 " " " "	12 " "

Für Zigarettenpapier, mit Ausnahme des zur gewerblichen Verarbeitung bestimmtes, wird für 1000 Zigarettenfüllen ein Kriegsausschlag von 6 Mark erhoben.

## Tabaksteuer und Tabakarbeiter.

Von einer offiziellen Korrespondenz wird berichtet, zu beweisen, daß die neue Tabaksteuer auf die Lage der Tabakarbeiter einen ungünstigen Einfluß gar nicht ausüben kann. Gegenwärtig seien kaum genügend Arbeiterkräfte vorhanden, um die Pereslieferungen bewältigen zu können. Dann heißt es:

„Mit der Anwendung des Krieges werden nun allerdings die Aufträge der Peresverwaltung ein Ende erreichen. Dann tritt aber an die Zigarettenfabriken die Aufgabe heran, einmal dem bisher bei weitem nicht ausreichend verloraten Pandal den Bedarf zu decken und außerdem für die etlenen Läger, die sich insgesamt auf Hunderte von Millionen belaufen, arbeiten zu lassen. Daraus wird sich unzweifelhaft eine starke Steigerung der Nachfrage nach Zigarettenarbeit ergeben, die jede Arbeitslosigkeit und jeden Mangel ausschließt.“

„Vermutlich wird es aber doch wohl anders kommen, weshalb der Reichstag die Pflicht hat, aus dem Ergebnis der Steuerämtern entsprechenden Betrag zur Unterstützung der Tabakarbeiter bereitzustellen.“

## Parteiangelegenheiten.

### Rudolf Krafft gestorben.

Rudolf Krafft, der militärische Mitarbeiter der „Volkswacht“, der uns neben dem Herrn Oberst Gädke bis vor einigen Tagen seine Beiträge lieferte, ist in Dachau bei München im Alter von 52 Jahren gestorben. Rudolf Krafft hatte bei einem bayerischen Regiment in Metz als Offizier gedient, bis ihn Krankheit zwang, den Soldatenberuf aufzugeben. Er wandte sich der Schriftstellerei zu und schrieb mehrere Bücher militärischen Inhalts. Dann trat er in die Sozialdemokratie ein und schrieb für die Parteipresse Artikel über militärische Verhältnisse. Wir veröffentlichten sie mit der Erlaubnis: Von einem ehemaligen Offizier wird uns geschrieben: Krafft war einer der wertvollsten Militärs, die vor dem Kriege ihren Weg zur Sozialdemokratie fanden.

## Schlesien und Posen.

**Altwasser, 3. März.** Scheunenbrand. Mittwoch abend gegen 8 Uhr ging die große Scheune des Rulnizschen Dominiums in Flammen auf. Es verbrannte nur Stroh. Ueber die benachbarten Straßen ergoß sich ein wahrer Funkenregen und die Feuerlöcher am nächtlichen Himmel war so intensiv, daß fast alle Behren der Nachbarschaft angerückt kamen.

**Landeshut, 1. März.** Begründung einer Stadtkapelle im Kriege. Der Magistrat hat die Stelle eines Stadtkapellmeisters für Landeshut ausgeschrieben. Daraufhin ist eine ziemlich große Zahl von Bewerbungen eingelaufen, über die durch eine besondere Kommission Beschluß gefaßt werden wird. Hierzu wird noch geschrieben: So wie bisher konnte es nicht weitergehen, daß eine Stadt von der Größe Landeshuts seit Kriegsausbruch so gut wie keine Kapelle besaß und daß das unfließende Publikum recht oft nur auf auswärtige Kapellen angewiesen war, wollte es einmal eines Konzertes teilhaftig werden. — Wir wissen andere Dinge, die notwendiger sind.

**Blas, 3. März.** Kein Schwurgericht. Wie in anderen Bezirken so ist auch im hiesigen Landgerichtsbezirk ein erheblicher Rückgang der Kriminalität bemerkbar. So muß auch die für den Landgerichtsbezirk Blas vorgelebene Schwurgerichtsperiode wegen Mangel an Verhandlungsgegenständen ausfallen.

**Stromsdorf, 3. März.** Großfeuer. Mittwoch abend brannte die große Scheune der Wirtin Emma Lorenz ab. Das Feuer kam aus dem Innern des erst vor zwei Jahren erbauten massiven Gebäudes. Große Vorräte an Heu und Stroh lagen in den Räumen auf. Glücklicherweise ging der Wind nicht demwärts, sondern seitlich; auf diese Weise entstand trotz des heftigen Sturmes kein weiterer Schaden. Es wurde nur noch ein mächtiger Holzstoß vom Feuer ergriffen, der große Funken ins Feld hinausjagte.

**Reuberg, 2. März.** Raubanfall. Auf dem Wege von Klein-Reuberg durch den Löwenberger Wald nach Jagendorf wurde eine Frau von einem fremden Manne angehalten, welcher unter Androhung von Züchtungen von ihr Geld verlangte. In ihrer Angst übergab die Frau dem Manne das Portemonnaie mit 5 Mk. Inhalt, woraus dieser im Walde verschwand.

**Schniedermühl, 1. März.** Opfer des dünnen Eises. Der elfjährige Sohn des Arbeiters Olfert von der Berliner Vorstadt begab sich auf dem Nachhausewege von der Schule auf das Eis der Lehmanntal der Brandischen Bieselei, brach durch und ertrank. Die Leiche ist geborgen.

**Pindenburg, 3. März.** Raubüberfall und Mord. Große Schrecken, verbunden mit Sachbeschädigung, verübten Dienstag nachts in Jaboryzich bis sieben junge Mädchen aus Pindendorf und Jaboryzich. Nach einer längeren Abzweigung zogen sie mit Geige und Gitarre durch mehrere Seitenstraßen und verübten da den größten Unfug. Sie rissen Karten von den Säulen, schlugen damit umher, zertrümmerten die Stühle und ließen die Fensterhebeln mehrerer Wohnhäuser auf der Straße liegen und bombardierten auch eine Straßenlaterne, die sie dadurch zum Verschwinden brachten. Auf der Dorfstraße warfen sie im Sturzwagen Haus mit Steinen die Fenster der hiesigen Wohnhäuser ein, wobei Frau Jürgel von einem Stein getroffen und verletzt wurde. Der dem Schrecken überhandnehmende Mordanschlag sie eine unglückliche Aufregung als Lang, wobei einige Schreien in Erinnerung gingen. Auf der Dorfstraße riefen sie einen Jaurteil ab und schleppten ihn ins Schornsteinloch. Derselbst vergnügten sie sich durch Abgabe von Revolverkugeln. Auch Personen wurden von ihnen angehalten und belästigt. Als sie hörten, daß die Polizei nahe, machten ein Teil der Unfug nach Pindendorf, der andere Teil verständig nach einer Richtung. Mehrere zerstreute Soldaten jenseits von der Höhe der Säulen. Goffen die Unfug die Festhaltung der Revolutionen.

## Briefkasten.

**A. A.** Die Jahrhunderthalle hat die größte Spannweite auf dem ganzen Kontinent, nämlich 67 1/2 Meter. Sie ist 42 Meter hoch und faßt einschließlich der Säulenhalle 10 000 Menschen. Die Bauzeit betrug 14 Monate.

**J. P.** Das Gebiet ist nur ein Beutel Frankreichs groß. **W. Eisenstraße.** Das Anerbieten, mit weniger zufrieden zu sein, wollen Sie doch ablehnen. Die Pflegeten sind ja auch jetzt höher als sonst. Schreiben Sie dem Vater und dem Vormunde, daß Sie mit 10 Mark monatlich nicht zufrieden sein können.

**M. Burgstraße.** In diesem Falle schicken Sie dem Manne ein Feldtelegramm. Es ist aber vorher dem Stellvert. Generalkommando, Furtstraße Ecke Claassenstraße, zur Prüfung vorzulegen.

**Gr. Ziganstr.** Gegen diese Behandlung beim Butterverkauf können Sie Beschwerde beim Landrat in Breslau, Weidenstraße, erheben. Bevorzugt soll beim Butterverkauf niemand werden; jeder, ob arm oder reich, soll das Teil bekommen, was auf ihn fällt. Es ist unrecht, die „Kunden“ vorzuziehen und die anderen mit leeren Händen abziehen zu lassen. Freilich, auch die Frauen sollten beim Butterverkauf die größte Ruhe bewahren und ihn nicht unnötigerweise erschweren.

**Pflegenerhaltung.** Muß die Kriegsunterstützung nachgezahlt werden? Darauf können wir nur antworten: nein. Im Gesetz wird darüber nichts gesagt. Es heißt nur, die Unterstützung wird vom Tage des Einzehens an gezahlt. Wer aber die Unterstützung nicht sofort verlangt, bringt sich selbst um manchen Monat Unterstützung, denn es heißt mit einigem Recht, wer nicht bald die Kriegsunterstützung fordert, gibt damit zu, daß er sie nicht braucht. Wir glauben also nicht, daß die Frau etwas erreicht. Die Frau müßte an den Regierungspräsidenten in Breslau, Seifingsplatz, schreiben.

**A. B. 1.** Die mündliche Kündigung genügt; es ist nicht nötig, dem Mädchen bei der Kündigung das Dienstbuch zu übergeben. 2. Wegen Diebstahls kann ein Dienstmädchen sofort entlassen werden. (§ 121 der Weibordnung.)

**Kriegerfrau.** Schreiben Sie dem Hauswirt eine letzte Frist von einer Woche. Hat er dann das Entreegeld nicht in Ordnung bringen lassen, so besorgen Sie das und ziehen den Betrag von der Miete ab.

**Mettenberg.** Versuchen Sie es nochmals mit einem Schreiben an den Truppenteil, wo Ihr Sohn gefallen hat. Sie müssen genau angeben, wie es Ihnen geht.

**Landsturmmanu H. Krieg.** Sie wollen Anstalt haben, jagen aber nicht worüber. Wir nehmen an, daß es sich um Kriegsunterstützung und Invalidenrente für die Mutter handelt. Reides können Sie beim Gemeindevorsteher (die Invalidenrente auch beim Amtsvorsteher) beantragen. Werden Ihre Anträge nicht angenommen, so schreiben Sie an den Landrat.

**E. R. 100.** 1. Ob der Hauswirt auch frühmorgens die Treppen beleuchten muß, das hängt von örtlichen Vorschriften ab, die uns von dort nicht bekannt sind. In Breslau ist das Beleuchten von Treppen und Fluren nur für nachmittags und abends halbjährlich vorgeschrieben. 2. Die Frau eines Mannes, der im Felde steht, kann vom Hauswirt wegen rückständiger Miete nicht auf die Straße gesetzt werden. Das ist nach dem Gesetz vom 4. 8. 14 nicht möglich.

**H. R., Neustadt.** Wie können Ihnen nur dringend emblehen, die 10,50 Mark auf einmal zu zahlen. Dazu konnten jetzt noch die Kosten und Zinsen, die Sie auch tragen müssen. Es war doch Ihre Pflicht, die Raten pünktlich zu zahlen. Würde Ihnen das Geld nicht abgeholt, so müßten Sie es hinbesorgen. Das ist auch gesetzliche Pflicht. Einigen Sie sich und bezahlen Sie vor dem Termin; das ist besser und vor allem billiger. Aus Verzicht müßten Sie gehen, denn erscheinen Sie nicht, so werden Sie ohne weiteres verurteilt.

# Zeichnet

die

# Kriegsanleihe!

## Fünfprozentige Deutsche Reichsanleihe

zu 98,50

oder

## Viereinhalbprozentige auslosbare Deutsche Reichsschatzanweisungen

zu 95.

9254

Die Kriegsanleihe ist

## das Wertpapier des Deutschen Volkes

die beste Anlage für jeden Sparrer

sie ist zugleich

## die Waffe der Dahemgebliebenen

gegen alle unsere Feinde

die jeder zu Hause führen kann und muß

ob Mann, ob Frau, ob Kind.

Der Mindestbetrag von Hundert Mark

bis zum 20. Juli 1916 zahlbar

ermöglicht Jedem die Beteiligung.

Man zeichnet

bei der Reichsbank, den Banken und Bankiers, den Sparkassen, den Lebensversicherungs-gesellschaften, den Kreditgenossenschaften

oder

bei der Post in Stadt und Land.

## Letzter Zeichnungstag ist der 22. März.

Man schiebe aber die Zeichnung nicht bis zum letzten Tage auf!

Alles Nähere geben die öffentlich bekanntgemachten und auf jedem Zeichnungsschein abgedruckten Bedingungen.



